

Wochenzeitung

Er scheint täglich 8-10 mal... Sonntags, Feiertags und Montags ohne...

Mit „Jede Woche Musik“ Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Haus-Gartenztg. Techn.Zeitung Witzblatt „ULK“

Schlösschen Allee 14... Schillingstraße 4... Künigstraße 10... Fehrlitzstraße 10...

Der Kampf um den Bergbaufrieden

Differenzen im englischen Bergarbeiterverband - Die Sondertagung des Unterhauses beendet MacDonald gegen die Regierung

London, 31. August. Der amtliche englische Kundendienst meldet: Der Vollzugsausschuss der Bergarbeiter beschloß heute mit geringem Mehrheits...

dann habe die Regierung nichts getan, wie in der Frage der Bergwerktätigkeit. Vollig unwürdig sei die Wortwahl, die Baldwin in die amerikanische Presse geschickt habe...

Zwischenfall des Bergarbeiterverbandes finden im Augenblick heftige Kämpfe statt. Der Führer der Verhandlungspartei ist jetzt Sonderbaron Coof, der also daran sehen will, um zu Verhandlungen mit den Unternehmern zu kommen...

Zu der Frage der Bergarbeiterregelung bemerkte MacDonald, daß nur eine ganz England umfassende Regelung zu einem dauernden Frieden führen könne. Im übrigen hätten beide Parteien dem Parlament jetzt ihren Standpunkt klarzulegen...

Die Debatte im Unterhaus

London, 31. August. Die heutige, ausnahmsweise schon am Vormittag beginnende Unterhausdebatte brachte bis zu den Mittagsstunden keine Hebung. Die Vorlage der Regierung, daß das Parlament sich heute nachmittags bis zum 9. November vertagen solle...

Im weiteren Verlauf der Unterhausdebatte führte Churchill aus, daß die Bemerkung von Subsidien an die Kohlenindustrie unter feiner Bedingung mehr in Frage komme. Was eine, das ganze Land umfassende Arbeitsregelung betreffe...

Die Genfer Schwierigkeiten

Vertrauliche Besprechungen - Verlängerung der Kommissionspause Genf, 31. August. Die Unterbrechung der Arbeiten der Unterkommission bemerkt, daß eine Lösung nicht gefunden ist. Die fünf Stunden der Zwischenzeit wurden eifrig benutzt zu vertraulichen Besprechungen...

Pazifistische Kolonialpolitik

Die Erziehungsfragen der Kolonialmächte E. F. Genf, 31. August. Die Aktualitätskommission des Weltfriedenskongresses nahm in ausgedehnter, sehr interessanten Beratungen zur Frage der Kolonialpolitik Stellung. Von Verhandlungen lagen zehn vom Gesichtspunkt aus nicht wesentlichen Änderungen einmütig angenommen wurde...

Ueberflüssig

Wie berichtet wird, hält der Alldeutsche Verband am 4. und 5. September in Bayreuth eine Tagung ab, um zur außerparlamentarischen Parteistellung zu nehmen. Obwohl sich zum Vorkommen befindet, daß man jetzt in Europa den Geist von Locarno nenne.

Die japanische Hauptdelegation

Wie berichtet wird, hält der Alldeutsche Verband am 4. und 5. September in Bayreuth eine Tagung ab, um zur außerparlamentarischen Parteistellung zu nehmen. Obwohl sich zum Vorkommen befindet, daß man jetzt in Europa den Geist von Locarno nenne.

Schnelldienst

Nach einer Reiter-Welbuna aus japanischer Quelle soll der schiffliche Kurierdienst in Berlin im Kampf gegen die Neue Welt verunfallt worden sein. Der amtliche Kundendienst meldet: Der schiffliche Kurierdienst in Berlin im Kampf gegen die Neue Welt verunfallt worden sein.

Der Danziger Sanierungskampf

Die unglückliche Opposition der Rechten Die freie Stadt Danzig erlebt gegenwärtig eine Periode schwerer innerpolitischer Kämpfe. Die ihren Ausgangspunkt in der schwierigen Wirtschaft- und Finanzlage des freien Staatswesens haben, bereits im Sommer vorigen Jahres stellte es sich heraus, daß der Usagenetat Danzigs die Tragfähigkeit der durch Deflation und Stabilisierungskräfte geschwächten Wirtschaft weit überstieg...

Die neue Regierung ging mit scharfen Sparmaßnahmen vor und reduzierte sämtliche Staats um 25 Prozent, doch war ihrer Arbeit infolge der Erfolg verlag, als ein neuer Umstand Danzigs Finanzern ernstlich bedrohte. Einer der wichtigsten Entscheidungen im Etat der freien Stadt wird durch den Anteil von 7,8 Prozent an den politischen Einnahmen dargestellt, der im Etat 1926 mit 16 Millionen Gulden eingezogen war. Die scharfe Finanzpolitik der Regierung, die sich die politische Regierung genötigt sah, führte jedoch im Verein mit dem raschen Wachstum zu einem erheblichen Ausfall für Danzig, daß der Etat bedenklich ins Wanken geriet. Hinzu kam schließlich die starke Belastung durch die Kosten der Erwerbslosenfürsorge, die zeitweise den Betrag von 1 Million Gulden monatlich betrug.

Angesichts dieser Situation wandte sich der Danziger Senat im Juni dieses Jahres an den Oberkommissar des Völkerbundes und ersuchte um Vermittlung des Völkerbundes, dessen Schutz die freie Stadt unterstellt ist. Im Juli trafen zwei Finanzexperten beider Völkerbundes in Danzig ein und unterzogen sich sorgfältig über die wirtschaftliche und finanzielle Lage sowie über die Sorgen und Wünsche der einzelnen Berufsstände. Ihr Gutachten lag den Beratungen des Finanzkomitees des Völkerbundes zugrunde, das am 10. Juni in London zusammentrat und zu folgendem Ergebnis kam: Danzig wurde empfohlen, seine Ausgaben, insbesondere seinen Beamtenapparat um etwa 10 Prozent einzuschränken, wodurch eine Ersparnis von etwa 4 Millionen erreicht werden sollte. Hinsichtlich der Einnahmen aus der Danzig-polnischen Zollgemeinschaft wurde für die nächsten zwei Jahre eine Beschneidung des Zollbeitragszuschusses von 7,8 Prozent im übrigen der Höhe der Vereinbarung empfohlen der Danzig eine bestimmte Summe von etwa 15 Millionen jährlich, garantiert. Der Oberkommissar von Hamel verarbeitete diesen Vorschlag in der Richtung, daß Danzig ein Minimum von 14, ein Maximum von 20 Millionen zulassen sollte. Beide Maßnahmen zusammen würden das Budget der freien Stadt in Gleichgewicht bringen und das Finanzkomitee in die Lage setzen, gelegentlich der Sitzungsberatung des Rates den Vorschlag einer Anleihe zu empfehlen, die durch die Abdeckung gewisser kurzfristiger Schulden wie die Durchführung größerer werbender Anlagen (Hafenbau) ermöglicht würde.

Nach dem Ergebnis kam die Danziger Delegation Ende Juli nach Hause, und alsbald begann die äußerst schwierigen Kämpfe um die Danziger Sanierung.

Die Anschauung gegen den Gedächtnis

Die Anschauung gegen den Gedächtnis. Die Reichsfinanzminister von vergangenen Jahres, die wie wir wissen, im Reichsjustizministerium vom Reichstag jetzt, zeigt im allgemeinen eine Abnahme der Rationalität auch bei den Eigentumsverhältnissen, die in den Inflationsjahren und auch 1924 das Hauptfortschritt der bestehenden Fälle stellt. Die Rationalität der Anschauung, wenn auch unbestimmt, zurückzuführen, wegen der Überbetreibungen des 218 des Strafgesetzbuches (Abtreibung) eine Zunahme zeigen.





